

Ablehnung industrieller Legehennenaufzucht (Redebeitrag aus Sitzung) Zusätzlich 195.000 Hühner an einem Standort

Zum TOP 6 Planungs-, Bau- und Umweltausschuss Gemeinde Wietmarschen am 03.12.2020
Aufstellungsbeschlüsse für
a) die 28. Änderung des Flächennutzungsplans
b) den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 138 „Legehennenaufzucht Even“, Vorlage
BV/0018/2020

Familie Even hat der Vorstellung des Projektes dargestellt, dass dieses große Bauvorhaben in einem Bereich angesiedelt werden soll, wo sich bereits mehrere Geflügelhaltungen in der Nähe befinden. Es bestehen bereits Geruchsemissionen am Stammsitz der Familie, wo eine Schweinemastanlage und eine Biogasanlage betrieben werden und ein solches Bauvorhaben nicht mehr genehmigungsfähig ist.

Die SPD-Fraktion spricht sich grundsätzlich gegen die industrielle Massentierhaltung aus. Mit dieser Aussage soll keinesfalls eine umweltverträgliche und existenzsichernde Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Familienbetriebe verhindert werden. Ställe in der beantragten Größenordnung (195.000 Junghennenplätze) gehören allerdings nicht dazu.

Außerdem sind wir davon überzeugt, dass die Grenze der Belastung in der Grafschaft Bentheim und damit auch in der Gemeinde Wietmarschen bereits überschritten ist. Gülle, Gärreste, Hühnerkot, Geräusch- Geruchs- und Staubemissionen werden immer häufiger von den Bürgerinnen und Bürgern als unerträgliche Belastung empfunden. Darüber beschwerten sich die Bürgerinnen und Bürger bei uns.

Aber auch die Problematik der Medikamentengabe in der Massentierhaltung, begründet unsere Ablehnung. Wenn bei diesen Haltungsformen Tiere erkranken, wird häufig der gesamte Bestand behandelt. Immer häufiger wird in den Medien darüber berichtet, dass in der Landwirtschaft vermehrt auch die Reserveantibiotika Verwendung finden. Das führt dazu, dass die Zahl der multiresistenten Keime, für die es keine Medikamente mehr gibt, ansteigt. Das hat auch erhebliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit.

Im Antrag wurde unter Punkt i ein denkbarer Ausbaubedarf für den Wirtschaftsweg wie folgt beschrieben. „Sollte aufgrund der entstehenden Zusatzbelastung ein Ausbau des Wirtschaftsweges notwendig werden, so hat sich die Familie Even bereit erklärt 50% der dann anfallenden Kosten zu übernehmen.“ Wenn also ein Erweiterungsbedarf besteht oder der Weg durch den Betrieb kaputtgefahren wird, muss die Gemeinde 50% der Straße bezahlen. Wenn wir beispielsweise für 1 Km Straße bei 5 Meter Breite 240.000,- Euro veranschlagen, würden bei der Gemeinde ca. 120.000,- verbleiben. Bei einer Breite von 3 Meter wäre es noch ca. 150.000,- Euro mit einem Kostenrisiko von 75.000,- für die Gemeinde. Bei der aktuellen Haushaltssituation hält die SPD-Fraktion dieses Kostenrisiko für nicht vertretbar. Diese Straße steht auch nicht auf der Prioritätenliste der Gemeinde und somit müssten bei Bedarf andere Bauvorhaben zurückgestellt gestellt werden, für die der Gemeinderat eine Priorität festgelegt hat.

Die Gesichtspunkte haben wir in der Fraktion ausführlich diskutiert und sind zu dem Entschluss gekommen, dass wir den Antrag ablehnen werden.

Auch bei diesem Vorhaben zeigt sich wieder, dass das Steuerungskonzept der Gemeinde leider nicht zielführend ist.

gez. Andre Olthoff – SPD Ratsfraktion